



EIN GEWINN FÜR ALLE

Die Genossenschaften

Fasching, Fastnacht

Beginn

Als Beginn der Fastnachtszeit galt bzw. gilt in vielen deutschsprachigen Ländern ursprünglich der Dreikönigstag, also der 6. Januar.

Seit dem 19. Jahrhundert findet in vielen Gegenden zusätzlich am 11. November, dem „Elften im Elften“, ab 11:11 Uhr, die offizielle Eröffnung der Karnevalssession statt. Hintergrund ist, dass es auch vor Weihnachten bereits kurz nach der Fixierung dieses Festes im Jahr 354 eine vorbereitende 40-tägige Fastenzeit gab, ähnlich der österlichen Fastenzeit nach Karneval. Sie begann am 11. November, dem Martinstag. Es galt, die vorhandenen Lebensmittel zu verzehren, die nicht „fastenzeittauglich“ waren, wie Fleisch, Fett, Schmalz, Eier und Milchprodukte. Auch war der Martinstag der Endtermin des bäuerlichen Jahres, an dem die Pacht fällig wurde und das Gesinde wechselte.

Die Zeit vom 12. November bis 5. Januar bleibt aber selbst in den Zentren des Karnevals entlang des Rheins weiterhin weitgehend karnevalsfrei, was sich aus der erwähnten vorweihnachtlichen Fastenzeit, der Rolle des Novembers als Trauermonat und dem besinnlichen Charakter des Advents erklärt. Soweit von einer „Vorverlagerung“ des Karnevalsbeginns oder von einer „Saisoneroöffnung“ am 11. November gesprochen wird, ist dies daher zumindest irreführend. Von seiner Entstehungsgeschichte her stellt der 11. November vielmehr einen zweiten, „kleinen“ Karneval dar.

Allerdings werden insbesondere im Umland immer mehr Sitzungen in dieser Zeit - auch bereits vor dem 11. November - veranstaltet, weil dann die meisten auftretenden Künstler preiswerter sind als in der Hauptsaison, wo sie viele Auftritte an einem Abend haben. Im Januar beginnt die närrische Zeit insbesondere in den Hochburgen mit der Vorstellung der neuen Regenten, der Prinzenproklamation.

Fortsetzung auf Seite 2

Auf einen Blick

Fasching, Fastnacht	S. 1 - 3
Markt-Check der Wohnungswirtschaft: Energie-, /Strompreise und Steuern sind Preistreiber	S. 1 - 3
Termine bitte vormerken	S. 3
Die STADT MANNHEIM 2 Fachbereich Arbeit und Soziales informiert: Umzug der Wohngeldbehörde am 06.02.2015	S. 3
Aktuelle Zinssätze	S. 4

Impressum

Herausgeber:
Gartenstadt-Genossenschaft
Mannheim eG
K 2,12-13
68159 Mannheim

Internet:
<http://www.gartenstadt-genossenschaft.de>

e-mail:
info@gartenstadt-genossenschaft.de

Tel.: 06 21 / 1 80 05-0
Fax: 06 21 / 1 80 05-48

V.i.S.d.P.: Wolfgang Pahl

Zeitung für Mitglieder

Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim eG
www.gartenstadt-genossenschaft.de

2/2015

Entwicklung der Modernisierungs- und Instandhaltungskosten



Markt-Check der Wohnungswirtschaft: Energie-, /Strompreise und Steuern sind Preistreiber

Berlin - „Die größten Preiserhöhungen für die Mieter entstehen durch steigende Energiepreise, steigende Stromkosten und Steuern“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Dachverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zum Auftakt des Tages der Wohnungswirtschaft am 19. November 2014 in Berlin. „Dies sind die entscheidenden Stellschrauben, um Wohnen in Deutschland weiterhin bezahlbar zu halten. Die öffentliche Diskussion muss diese Aspekte intensiver beleuchten und den Markt nicht nur von einer Seite betrachten“, so Gedaschko.

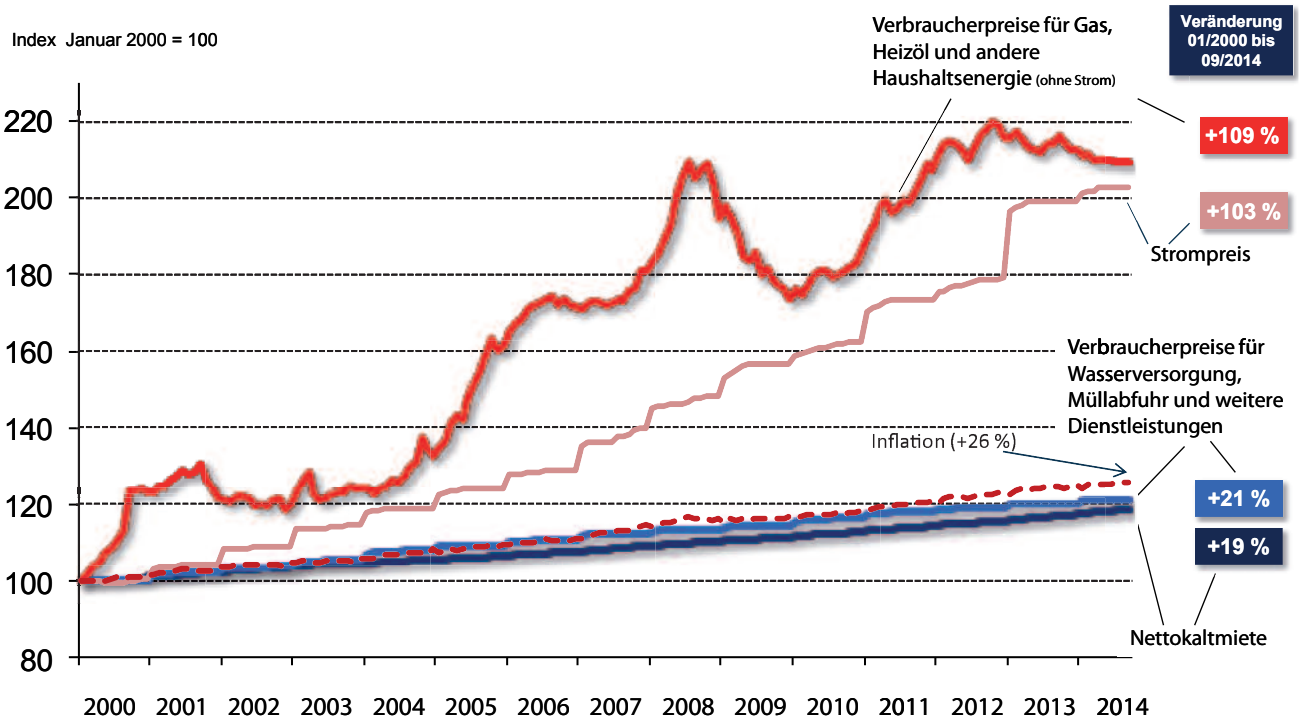
Die Wohnungswirtschaft im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen ist im stürmischer werdenden Miet- und Immobilienmarkt stabil. Während die Energie- und Baukosten rasant steigen, bieten die im GdW organisierten Wohnungs- und Immobilienunternehmen weiterhin bezahlbares Wohnen und sorgen damit für soziale Gerechtigkeit. „Damit dies so bleibt, ist auch die Politik in der Pflicht: Die soziale und wirtschaftliche Balance muss sowohl für den Mieter als auch für den Vermieter gleichsam berücksichtigt werden“, so der

dringende Appell Gedaschkos zum Auftakt des Tages der Wohnungswirtschaft in Berlin. „Es gibt Grenzen des wirtschaftlich und sozial Machbaren. Hier sind Bund und Länder gefragt, die durch sie selbst entstandenen Preissteigerungen aufzufangen“, so Gedaschko.

Die abflauende Konjunktur in Deutschland ist auch für die Wohnungswirtschaft kein gutes Zeichen. „Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum in Ballungsgebieten. Die schwächer werdende Dynamik beim Wohnungsbau zeigt: Eine Überregulierung des Marktes und völlig überhöhte Anforderungen an den Wohnungsbau sind ein Irrweg. Was wir brauchen, ist die Aktivierung des Wohnungsmarktes in Ballungsregionen durch Investitionszuschüsse oder eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen“, so Gedaschko. Der Schlüssel zum Erfolg sei die Verbreiterung des Wohnungsangebotes in Ballungsgebieten. Der GdW-Chef warnte gleichzeitig davor, bei den aktuellen Diskussionen die Gebiete außer Acht zu lassen, in denen die demografische Entwicklung große Leerstände verursacht.

Fortsetzung auf Seite 2

Index Januar 2000 = 100



Fortsetzung von Seite 1: Fasching, Fastnacht

Höhepunkt

Den Höhepunkt erreicht die Fastnacht in der eigentlichen Fastnachtswoche vom schmotzigen Donnerstag im schwäbisch-alemannischen Raum (von Schmotz = Schmalz, was auf in Schmalz gebackene Fastnachtsküchle hinweist), bzw. Weiberfastnacht im Rheinland über den Nelkensamstag, Tulpen-sonntag, Rosenmontag bis zum Fastnachtsdienstag, auch Veilchendienstag genannt. Dabei gibt es insbesondere am Rosenmontag entsprechende Umzüge – wobei sich Rosen ursprünglich nicht auf die Blume, sondern auf das Verb rasen bezog.

Die größten Umzüge finden in den Karnevalscentren Köln, Mainz und Düsseldorf statt. Gemessen an der Teilnehmerzahl zählt auch der Umzug in Eschweiler zu den größten Deutschlands. Umzüge gibt es auch in Aachen, Bonn, Duisburg, Dülken, Erkelenz, Euskirchen, Koblenz, Krefeld, Leverkusen, Meckenheim, Mönchengladbach, Rheinbach, Siegburg, Trier und vielen anderen Orten. Aber auch weiter südlich, etwa in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Aschaffenburg, Mannheim, Ludwigshafen, Womach, Würzburg und Karlstadt gibt es jeweils am Fastnachtssonntag Umzüge. Diese werden in Bayern „Gaudiwurm“ genannt, im Rheinland „Zoch“ (D'r Zoch kütt, „Der Zug kommt.“)

In Karlsruhe und Stuttgart gibt es am Fastnachtsdienstag große Umzüge mit mehreren Hunderttausend Besuchern. Als größte Umzüge im norddeutschen Raum gelten der traditionelle Schodudel in Braunschweig am Fastnachtssonntag und der Karnevalsanzug in Berlin.

In den Stadtteilen, Städten und Dörfern um diese Zentren herum gibt es Umzüge am Samstag (Nelkensamstag), Sonntag (Orchideen- oder Tulpen-sonntag) und Dienstag (Veilchendienstag). Im Duisburger Stadtbezirk Hamborn findet seit Jahrzehnten am Karnevalsamstag der größte Kinderkarnevalsanzug Europas statt.

Ende

Mit dem Aschermittwoch beginnt die Fastenzeit. In der Nacht zu Aschermittwoch um Punkt Mitternacht endet der Karneval, und es gibt an vielen Orten die Tradition, dass die Karnevalisten in dieser Nacht eine Strohfigur, den so genannten Nubbel, als Verantwortlichen für alle Laster der karnevalistischen Tage, vor allem wegen des ausgegebenen Geldes, verbrennen. In Düsseldorf und den niederrheinischen Städten wie Krefeld, Duisburg, Mönchengladbach, Kleve oder Wesel wird der so genannte Hoppeditz zu Grabe getragen. Dieser war ursprünglich eine typisch niederrheinische Narrenfigur. Dieser Schelm oder Hanswurst hatte Ähnlichkeit mit Till Eulenspiegel und den mittelalterlichen Hofnarren. So wird berichtet, dass es im 18. und 19. Jahrhundert am Niederrhein der kleinen Leute Brauch war, in der Nacht auf Aschermittwoch ausgerüstet mit Stangen, an denen Würste hingen, durch die Straßen zu laufen und lustige Lieder zu singen. Mancherorts treffen sich die Karnevalisten am Aschermittwoch noch einmal zu einem gemeinsamen Fischessen, zu einem rituellen „Portemonnaie-Auswaschen“ oder auch erst jetzt zu einer internen Nubbelverbrennung.

Datum des Faschings

Ende des Karnevals ist der Aschermittwoch. Sein Termin hängt unmittelbar von der Lage des Osterfestes ab: Im Jahr 325 wurde auf dem Konzil von Nicäa das Osterdatum auf den ersten Sonntag nach dem Frühlingsvollmond festgelegt. Um 600 legte Papst Gregor der Große eine 40-tägige Fastenzeit vor Ostern fest, die an die Zeit erinnern

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1: Markt-Check der Wohnungswirtschaft: Energie-, / Strompreise und Steuern sind Preistreiber

Was kostet das Wohnen? - Stabile Entwicklung bei GdW-Unternehmen

Um langfristig bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können, haben die GdW-Unternehmen in den letzten 11 Jahren erfolgreich für eine stabile Kostenentwicklung gesorgt. Die Bruttowarmmiete erhöhte sich hier im Schnitt um lediglich 1,8 Prozent pro Jahr und liegt bei 7,67 Euro pro Quadratmeter (2013). Bundesweit lag die Bruttowarmmiete im Jahr 2013 bei 8,00 Euro pro Quadratmeter. Die Bruttowarmmiete setzt sich dabei zu zwei Dritteln aus der Nettokaltmiete sowie zu einem Drittel aus den warmen und kalten Betriebskosten zusammen. „Die GdW-Unternehmen liegen damit im bundesweiten Vergleich um 33 Cent pro Quadratmeter günstiger“, so der GdW-Chef.

Die Betriebskosten haben sich bei den GdW-Unternehmen im Vergleich zu den Preissteigerungen bei den einzelnen Kostenarten nur relativ geringfügig erhöht. Die Mieter mussten für die kalten Betriebskosten im Jahr 2013 durchschnittlich 1,41 Euro pro Quadratmeter vorauszahlen und damit nur zwei Cent pro Quadratmeter mehr als im Vorjahr. Die Vorauszahlungen bei den warmen Betriebskosten sind von 2012 auf 2013 um vier Cent pro Quadratmeter leicht gestiegen und liegen jetzt bei 1,12 Euro pro Quadratmeter. Auch im längerfristigen Vergleich liegt der Anstieg der Betriebskosten bei den GdW-Unternehmen unterhalb der bundesweiten Teuerungsrate für Energie nach dem Verbraucherpreisindex. Während die warmen Betriebskosten bei den GdW-Unternehmen in den Jahren 2003 bis 2013 um 29 Prozent angestiegen sind, erhöhten sich die Preise bei den dafür relevanten Kostenarten um 73 Prozent. Die kalten Betriebskosten sind bei den GdW-Unternehmen im gleichen Zeitraum um 12 Prozent und im bundesweiten Durchschnitt um 14 Prozent gestiegen. „Diese deutlichen Einsparungen sind sowohl durch ein sparsameres Verhalten der Mieter beim Energieverbrauch als auch durch die vorgenommenen energetischen Sanierungen zu erklären“, so Gedaschko.

Die Nettokaltmieten sind in den GdW-Unternehmen von 2012 auf 2013 um 2,2 Prozent auf 5,15 Euro pro Quadratmeter gestiegen (Gartenstadt-Genossenschaft-Mannheim: 5,10 Euro). Damit liegen die Nettokaltmieten in den Beständen des GdW unter den bundesweiten Bestandsmieten. Diese liegen nun bei 5,42 Euro pro Quadratmeter. Bei dem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass die Nettokaltmieten des GdW nicht ausschließlich Bestandsmietverhältnisse widerspiegeln. So beinhalten die GdW-Nettokaltmieten auch Neu- und Wiedervermietungen sowie Mieterhöhungen, die aufgrund von Modernisierungen notwendig geworden sind. Das Mietniveau ist bei den GdW-Unternehmen sehr moderat. Die Kaltmieten steigen langsamer als die warmen Betriebskosten. **„Betriebskosten, auf deren Höhe Vermieter keinen Einfluss haben, sind ein wesentlicher Kostenfaktor für das Wohnen“**, betonte der GdW-Chef.

In der aktuellen Diskussion um die Mietenentwicklung in Ballungsräumen wird nur auf die nominale Entwicklung der Mieten Bezug genommen. Dabei muss aber die allgemeine Preisentwicklung (Inflation) berücksichtigt werden. Das bedeutet zum Beispiel: Mit vier Euro hatte man im Jahr 1995 die gleiche Kaufkraft wie mit 5,25 Euro im Jahr 2013. **„Den Legenden über Mietpreisexplosionen muss ein fundiertes Bild zur Mietenentwicklung entgegengesetzt werden“**, forderte Gedaschko. Beachtet man bei der Betrachtung der Mieten also die Entwicklung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, erhält man ein deutlich anderes Bild. **„Preisbereinigt sind die Mieten in den letzten 20 Jahren sogar zurückgegangen“**, so Gedaschko. Nur bei den Bruttowarmmieten lässt sich ein realer Anstieg von 7,11 Euro pro Quadratmeter in 1995 auf 7,56 Euro pro Quadratmeter in 2013 feststellen. Bruttokaltmieten und Nettokaltmieten gehen inflationsbereinigt eindeutig zurück.

Mietpreis-Diskussionen versachlichen - Neubaustrategien unterstützen

„Wir brauchen endlich eine Versachlichung der Diskussionen um die Mietpreise“, erklärte Gedaschko. Dabei gehe es nicht darum, punktuelle Mietsteigerungen in einigen Ballungsgebieten wegzudiskutieren. „Aber es bringt weder Mietern noch Vermietern etwas, den Markt nur von einer Seite zu betrachten und dort mit Regulierungen Investoren abzuschrecken. So zementiert man die Wohnungsknappheit und erweist den Mietern einen Bärendienst. Denn ihnen hilft es nicht, wenn der Wohnungsbau an Dynamik verliert und weiterhin zu wenig gebaut wird“, so Gedaschko. „Wenn die Unternehmen die Möglichkeit bekommen, ihre Neubaustrategien zu verfolgen, und dabei von Bund, Ländern und Kommunen unterstützt werden, dann bekommt man das Problem gut in den Griff.“

Vergleicht man den Preisanstieg bei Mieten mit anderen Dingen des alltäglichen Lebens, zeigt sich, dass diese sogar weniger stark steigen als die Preise für Obst und Gemüse, Zeitungen oder Haushaltsenergie. Die Preise für Obst und Gemüse sind im gleichen Zeitraum mehr als doppelt so stark angestiegen wie die Nettokaltmieten. Besonders stark war die Preissteigerung beispielsweise bei Flugtickets, die um 20 Prozent angezogen haben. Haushaltsenergie und Strom stiegen um 18,8 beziehungsweise um 23,4 Prozent. Dennoch steht das Wohnen mehr als alle diese Themen in der öffentlichen Diskussion.

Die Wohnkosten in Deutschland sind insgesamt gestiegen. Eine Ursache dafür liegt im höheren Wohnflächenverbrauch. Während die Wohnfläche bei den Mieterhaushalten in den alten Bundesländern seit 1990 um fast sechs Quadratmeter auf 56,7 Quadratmeter gestiegen ist, wuchs sie in den neuen Ländern sogar um gut 11 Quadratmeter auf 49,8 Quadratmeter an. Das hat drei Hauptursachen: die Singularisierung und die Alterung der Gesellschaft sowie veränderte Ansprüche an das Wohnen.

Der Trend zu kleinen Haushalten - also zu Haushalten mit wenigen Personen - führt zu einer steigenden Wohnfläche pro Kopf. Einpersonenhaushalte brauchen im Schnitt mehr Wohnfläche als Mehrpersonenhaushalte. Das liegt an der gemeinsamen Nutzung von Küche, Bad und Flur. Die Alterung der Gesellschaft führt zu einem höheren Wohnflächenkonsum, da Senioren nach der Familienphase und dem Tod des Partners in der angestammten häufig relativ großen Wohnung verbleiben. Aber auch höhere Wohnansprüche führen zu diesem bemerkenswerten Anstieg.

Der zunehmende Wohnflächenverbrauch hat seinen Preis. Eine Person brauchte im Jahr 1990 im Durchschnitt in den alten Ländern eine Wohnfläche von 50,9 Quadratmetern und zahlte dafür rund 252 Euro Bruttokaltmiete. 22 Jahre später lebte diese Person im Durchschnitt auf 56,7 Quadratmetern und bezahlte dafür 362 Euro bruttokalt. In den ostdeutschen Ländern zahlte man im Jahr 1990 pro Kopf 114 Euro bruttokalt für eine Wohnfläche von 38,4 Quadratmetern. 2012 war die Wohnfläche um 11,4 Quadratmeter größer und kostete bruttokalt 318 Euro.

Die Wohnkostenbelastung der Haushalte in Deutschland ist in den letzten 10 Jahren aber dennoch nur um lediglich rund drei Prozentpunkte gestiegen. Sie beträgt aktuell rund ein Drittel des Haushaltseinkommens. Der Anstieg liegt vor allem in den gestiegenen warmen Betriebskosten begründet. Etwa zwei Drittel des Anstiegs der letzten zehn Jahre entfallen auf die gestiegenen Energiekosten. „Auch hier zeigt sich: Von einer Explosion der Mieten kann nicht die Rede sein“, so Gedaschko.

*Es mangelt nie an Menschen,
die sich über eine Umarmung freuen.*

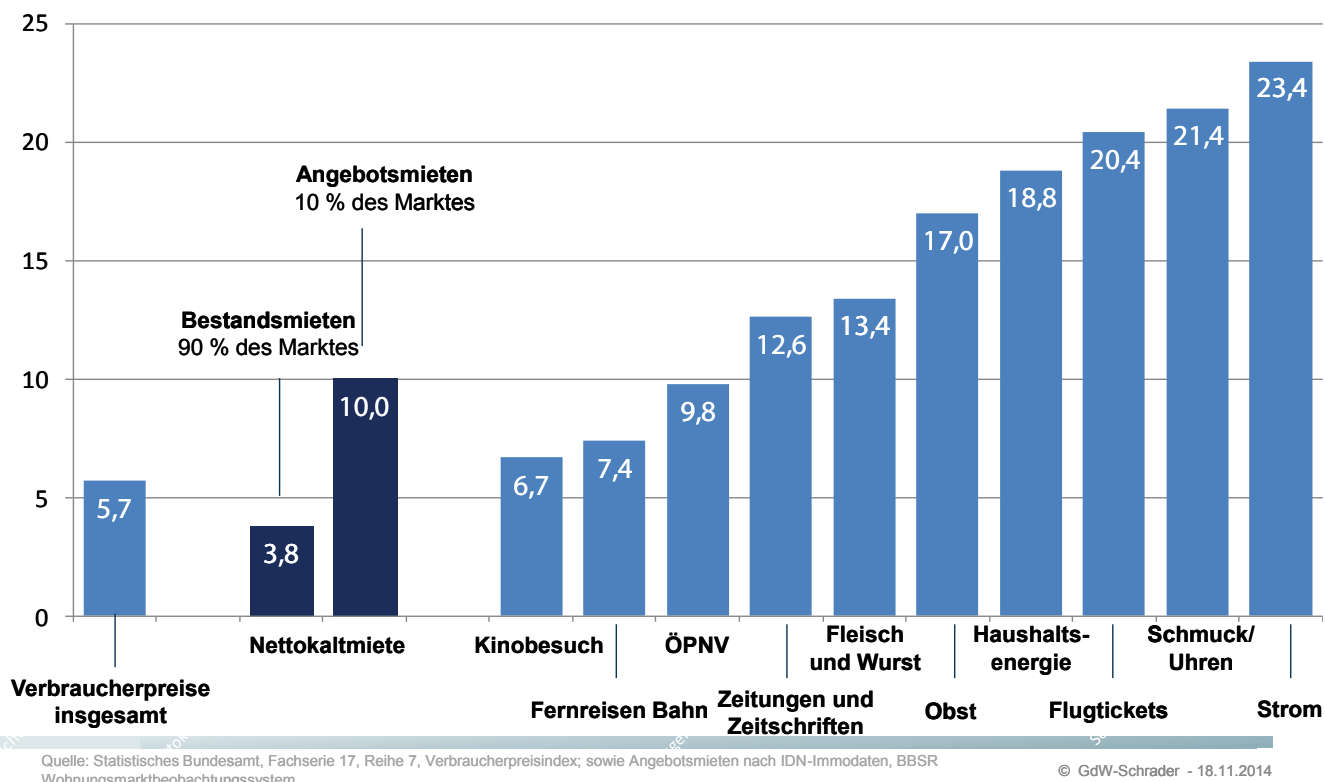
Paul Wilson

Was macht Wohnen wirklich teurer? - Energie-, Baukosten und Steuern

Die Energie- und Stromkosten, aber auch die Steuern und Abgaben sind derzeit die größten Preistreiber für das Wohnen. Insbesondere die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie, die in die warmen Betriebskosten einfließen, sind zwischen Anfang 2000 und Mitte 2014 bundesweit um ganze 109 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu haben die Nettokaltmieten während der vergangenen zwölf Jahre nur um 19 Prozent zugenommen. Die Preisanstiege bei den einzelnen Energieträgern sind sehr unterschiedlich. Während Gas sich im betrachteten Zeitraum um 96 Prozent verteuerte, stiegen die Preise für Fernwärme um 115 Prozent und für leichtes Heizöl gar um 132 Prozent.

steuer, Mehrwertsteuer. Allein die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage wird 2014 zu circa 2,2 Milliarden Euro Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen führen davon circa 1,2 Milliarden Euro für den Bund.

Die Grunderwerbsteuer ist in den einzelnen Bundesländern in den letzten Jahren deutlich gestiegen und liegt heute - mit zwei Ausnahmen - zwischen 4,5 und 6,5 Prozent der Bemessungsgrundlage. Kürzlich wurde in Nordrhein-Westfalen eine Anhebung der Grunderwerbsteuer von fünf Prozent auf 6,5 Prozent zum 1. Januar 2015 angekündigt. Im Jahr 2010 wurden in Deutschland insgesamt 5,29 Milliarden Euro Grunderwerbsteuer gezahlt. 2013 lag das Steueraufkommen bei 8,4 Milliarden Euro. „Diese Preisspirale muss ein Ende haben“, forderte Gedaschko. Nicht nur Menschen



Ein entscheidender Preistreiber und damit eine Bremse für den Neubau sind die Baukosten. Sie verteuern den besonders in Ballungsgebieten dringend notwendigen Neubau drastisch. Von Mitte des Jahres 2000 bis 2014 sind die Baukosten insgesamt um über 30 Prozent gestiegen. Der Preisdruck geht dabei eindeutig von den Materialkosten aus (+31,9 Prozent).

Betrachtet man alle Investitionen, die zum Bau einer Wohnung innerhalb eines mehrgeschossigen Gebäudes inklusive Grundstück notwendig sind, so ergibt sich ein deutlicher Preissprung. Während in den Jahren 2004 und 2005 der Bau einer Wohnung rund 1.680 Euro pro Quadratmeter gekostet hat, muss ein GdW-Unternehmer dafür heute rund 2.470 Euro pro Quadratmeter in die Hand nehmen. Das ergibt einen Preissprung von 47 Prozent. „Hier zeigt sich, dass das Bündel von Teuerungen, gestrickt aus Energievorschriften, Baukosten, Vorschriften für Tiefgaragen oder Parkplätze, Dachbegrünungen und vieles mehr dazu führt, dass das Wohnen teurer wird“, so Gedaschko.

Es ist heute kaum noch möglich, einen Neubau mit einer Nettokaltmiete von weniger als 10,05 Euro pro Quadratmeter zu errichten. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des PestelInstituts hat zudem gezeigt, dass eine Reduzierung von Baulandkosten, die Einführung einer linearen Abschreibung von drei beziehungsweise vier Prozent und eine Reduzierung des Eigenkapitalzinses um einen Prozentpunkt die Kaltmieten um bis zu 4,14 Euro senken könnten. „Hier ist zügiges Handeln gefragt“, so Gedaschko.

Die Stromkosten, auf die Vermieter keinen Einfluss haben, befinden sich weiterhin im Höhenflug. Seit dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2014 haben sich die Strompreise um 103 Prozent erhöht. Durch die gestiegenen Umlagen auf den Strompreis und die darauf zu entrichtende Mehrwertsteuer machen Erzeugung, Transport und Vertrieb des Stroms inzwischen weniger als 50 Prozent des gesamten Strompreises aus. Die größere Hälfte entfällt auf Umlagen, Abgaben und Steuern: Umlage für erneuerbare Energien, Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Offshore-Haftungsumlage, Sonderkundenumlage, Konzessionsabgabe, Strom-

in Metropolen mit Wohnraummangel leiden unter diesen Steuererhöhungen. Es gibt zahlreiche Städte und Gemeinden, die Schrumpfungsprozesse erleben und die durch eine weitere Anhebung der Grunderwerbsteuer zusätzlich qualitativ abgehängt zu werden drohen, weil auch in diesen Wohnungsteilmärkten energetisch guter und barrierefreier Wohnungsneubau notwendig ist.

Es ist paradox: Auf der einen Seite stimuliert ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit einer vorbildlichen Wohnraumförderung den Neubau bezahlbarer Mietwohnungen mit öffentlichem Geld, auf der anderen Seite wird durch die Steuererhöhung wieder Steuergeld in die öffentlichen Haushalte zurückgeführt. Gleichzeitig werden alle Bemühungen des Landes konterkariert, gerade in den nachfrageintensiven Städten bezahlbare Grundstücke für geförderten Wohnungsneubau zu aktivieren. Diese Kritik hatte auch der Chef des GdW-Regionalverbandes in Rheinland-Westfalen geäußert. Aktuell haben lediglich Bayern und Sachsen noch nicht vom Recht, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, Gebrauch gemacht.

„Wir können nur mehr bezahlbare Wohnungen bauen, wenn die Politik ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergreift“, so Gedaschko. Dazu gehören neben der Abgabe von Grundstücken nach Konzeptqualität anstelle von Höchstpreisen auch ein Stopp bei den Steuerpreisspiralen und wirksame / Maßnahmen zur Senkung von Baukosten.

Fortsetzung von Seite 2: Fasching, Fastnacht

soll, die Jesus Christus in der Wüste verbracht hat. Nach dieser Regelung begann die Fastenzeit am Dienstag nach dem 6. Sonntag vor Ostern (Invocavit oder Dominica prima Quadragesimae, 1. Fastensonntag, im Deutschen auch Funkensonntag). Auf der Synode von Benevent im Jahr 1091 wurden die sechs Sonntage vor Ostern vom Fasten ausgenommen. Um dennoch eine 40-tägige Fastenzeit zu erhalten, rückte der Beginn der Fastenzeit um sechs Tage nach vorne auf den heutigen Aschermittwoch, den Mittwoch nach dem 7. Sonntag vor Ostern. Die Länge einer Karnevalssession ist somit abhängig vom beweglichen Datum des Osterfestes und wird nach der Osterformel berechnet. Danach ist der Aschermittwoch am 46. Tag vor dem Ostersonntag. Der frühestmögliche Aschermittwochstermin ist der 4. Februar, der spätestmögliche ist der 10. März. Somit gibt es sehr kurze und sehr lange Sessions.

Abweichende Fastnachtstermine

In manchen Gegenden existierten noch bis ins 16. Jahrhundert beide Fastnachtstermine, die alte Burefnacht (Bauernfastnacht, vor Dienstag nach Invocavit) und die neue Herren- beziehungsweise Pfaffenfastnacht (vor Aschermittwoch) konkurrierend nebeneinander. Insbesondere in Baden und in der Schweiz haben sich viele Bräuche der alten Fastnacht und der alte Termin erhalten. Am bekanntesten ist die Basler Fastnacht.

Diese beginnt am Montag nach Aschermittwoch um 4:00 Uhr mit dem Morgestraich und endet am folgenden Donnerstagmorgen, ebenfalls um 4:00 Uhr. Hier spielt die Guggenmusik eine Rolle. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch, dass sich der Termin der protestantischen Basler Fastnacht – wie oftmals geschrieben - keineswegs auf die Reformation bezieht, sondern auf den alten Termin der Fastnacht. In Basel wurde in der Reformationszeit die Fastnacht nie dauerhaft abgeschafft. In der deutschen Exklave Büsingen wird die Bauernfastnacht am Sonntag nach Aschermittwoch mit einem Umzug gefeiert.

Im Bereich der Orthodoxen Kirchen beginnt das volle Fasten bereits am Montag nach dem 7. Sonntag vor Ostern, bereits eine Woche vorher beginnt der Fleischverzicht. Die russische Butterwoche, in der traditionell gefeiert wird und große Mengen Bliny gegessen werden, liegt dazwischen. Andere osteuropäische Länder haben ähnliche Bräuche. Da das östliche Osterfest oft später ist als das westliche - beruhend auf der westlichen Reform des Kalenders -, verschiebt sich auch die Fastnacht.

Die STADT MANNHEIM 2 Fachbereich Arbeit und Soziales informiert:

Umzug der Wohngeldbehörde am 06.02.2015

Die Wohngeldbehörde zieht am Freitag, den 6. Februar 2015, nach R 1, 12 in die Nähe des Marktplatzes um. Wir bitten um Verständnis, dass wegen des Umzugs an diesem Tag weder die Sprechstunde stattfinden kann noch die Bürgertelefone bedient werden können.

Ab Montag, den 9. Februar 2015, finden Sie uns in den neuen Räumen in R 1,12 im 1. Obergeschoss zu den üblichen Sprechzeiten: Montag, Mittwoch und Freitag 8-12 Uhr und Donnerstag 15-17 Uhr.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte im Internet unter www.mannheim.de/buerger-sein/wohngeld

Termine bitte vormerken

Vertreter-versammlung **18. Juni 2015 ab 18 Uhr**
Jüdisches Gemeindezentrum
F 3, 4, 68159 Mannheim

Sollen wir auch Ihre Termine von Veranstaltungen usw., die auch für andere Mitglieder interessant sind, veröffentlichen? Dann geben Sie uns bitte Bescheid!

weitere Termine finden Sie unter www.gartenstadt-genossenschaft.de

aktuelle Zinssätze		Stand: Januar 2015
Vereinbarte Kündigungsfristen		
	3 Monate	0,20 %
	12 Monate	0,40 %
	24 Monate	0,50 %
	36 Monate	0,50 %
	48 Monate	0,50 %
Mehrzinssparen (mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten)		
	bis 9.999 €	0,20 %
	ab 10.000 €	0,30 %
	ab 75.000 €	0,40 %
Festzinssparen		
	ab 5.000 € bei einer Festschreibungsdauer von	
	12 Monaten	0,40 %
	24 Monaten	0,50 %
	36 Monaten	0,50 %
	48 Monaten	0,50 %
	60 Monaten	0,50 %
Festzinssparen mit Kündigungsoption		
	48 Monate	
	ab 20.000 €	0,50 %
Vertrag über vermögenswirksame Leistungen		
	einmaliger Bonus von 8 %	0,20 %
Namenschuldverschreibungen		
	ab 5.000 €	
	2 Jahre Laufzeit	0,50 %
	3 Jahre Laufzeit	0,50 %
	4 Jahre Laufzeit	0,50 %
	5 Jahre Laufzeit	0,50 %

Kress OHG Bad + Design

Installationen
Sanitäre Anlagen
Gas/Heizung
Abwassertechnik

0 6 2 1
-81 52 45
-81 10 47

Kress OHG
Im Lothr 48
68199 Mannheim

Kompetenz seit 1969

Telefon 06 21 / 70 77 88
Telefax 06 21 / 70 24 08
Mobil 0 171 - 6 33 27 19

Meisterbetrieb
GEBÄUDEREINIGUNG
wenk

- Gebäudereinigung
 - Treppenhausreinigung
 - Büroreinigung
 - Teppichreinigung
 - Gartenarbeiten
 - Winterdienst
 - Glasreinigung

Gebäudereinigung Wenk GmbH
Geschäftsführer Carsten Wenk

Straßenheimer Weg 183
68259 Mannheim

Wärmeschutzfenster sparen bares Geld

KAGEMA

Fenster Türen Rollläden

Viernheimer Weg 74 • 68307 Mannheim
☎ 0621 77 77 00 • www.kagama.de

VITALIS GmbH

Ambulanter Pflegedienst

Ihr kompetenter Partner rund um die
Alten- und Krankenpflege

- alle Leistungen der Pflegeversicherungen und der Krankenkassen
- individuelle Pflege nach Ihren eigenen Wünschen und Möglichkeiten
- Hauswirtschaftliche Versorgung
- Wir unterstützen Sie bei Anträgen von Krankenkassen, Pflegekassen und Sozialhilfeträgern sowie bei der Beschaffung von Pflegehilfsmitteln

☎ 06 21 / 128 52 50

Seckenheimer Straße 36 • 68165 Mannheim

Elektroinstallationen, Haustechnik,
Speicherheizungen

Haut Elektrotechnik GmbH
Geschäftsführer: Andreas Haut

Edisonstr. 27, 68309 Mannheim
Telefon: 0621 - 74 17 32
Fax: 0621 - 309 89 63
E-Mail: heteknik@t-online.de

ECKEL Holz- und
Kunststofffenster
Fensterbau

Reparatur-Dienst
Franz-Grashof-Straße 11
68199 MANNHEIM-NECKARAU
Telefon 06 21 / 85 32 81

Essenpreis
Haustechnik

Kompetenz in Sachen
Haustechnik aus einer Hand!

- Heizungstechnik
- Sanitärtechnik
- Solartechnik
- Kundendienst
- Selbstbausätze
- SB - Fachmarkt
- Bädergalerie

Tel. 07253/92 99 0
Justus-v.-Liebig Str.8, 76684 Östringen

Rainer Schanz
Malermeister

Ausführung aller

- Maler-, Tapezier-,
- und Lackierarbeiten
- Vollwärmeschutz
- Gerüstbau
- Bodenverlegearbeiten

68309 Mannheim
Bad Kreuznacher Str. 14
Tel. 0621/77 38 87
Funk 0173/312 36 51
Fax 0621/78 76 06

Rothermel
Umzüge & Möbeltransporte
Möbelaussenaufzugverleih

Vermietung auch stundenweise mit Fachpersonal
z.B. für ihren eigenen Umzug in Eigenregie

Leistadter Str. 29 | 68309 Mannheim
Mobil: 0171-7347950 | Tel.: 0621-738693
Beratung, Besichtigung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Ihr kompetenter Partner für:

- Antennenbau
- Satellitenanlagen
- Kabelanschlüsse
- Elektroinstallationen
- EDV-Netzwerke
- Haussprechanlagen
- Videoüberwachungsanlagen

Meisterbetrieb des Elektrohandwerks

MARKUS HÖR

Elektroinstallationen
Augartenstraße 7, 68165 Mannheim
Telefon (06 21) 4 40 05 - 22
Telefax (06 21) 4 40 05 - 20
www.hoer-elektro.de